

Backnang, 22.01.2026

Stadtverwaltung Backnang

z.H. Herrn Oberbürgermeister Friedrich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Friedrich

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverwaltung Backnang wird beauftragt,

- a) in Abstimmung mit den Schulleitungen der weiterführenden Schulen (Gymnasien und Realschulen), dem Regierungspräsidium und dem Staatlichen Schulamt, ein **transparentes Konzept zur Schülerlenkung** zu erarbeiten.
- b) einen Zeitplan für den Neubau auf der Maubacher Höhe zu erstellen und für die Übergangszeit ein Konzept für zusätzliche Klassen- und Fachräume (notfalls mit Containern) zu erarbeiten.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie folgende Kriterien priorisiert werden:

1. die Wiedereinführung bzw. stärkere Nutzung des Instruments der **empfohlenen Einzugsbereiche**.
2. **spezifische Schulprofile** (z. B. Sprachenfolge, bilingualer Zug, Musikprofil)
3. die Berücksichtigung von Geschwisterkindern

Begründung:

Die Erarbeitung eines klaren Konzepts zur Schülerlenkung ist aus folgenden Gründen notwendig:

1. Steigender Kapazitätsdruck und demografische Entwicklung

Die Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen werden in den kommenden Jahren voraussichtlich deutlich steigen. Ursache hierfür ist der demografische Wandel in Verbindung mit anhaltend hohen Zuzugszahlen. Da die verbindlichen Grundschulempfehlungen im Zug der Einführung von G9 nicht zu einem Rückgang der Anmeldezahlen an den Gymnasien geführt haben, verschärft sich der Druck.

2. Akute Überlastung und Pufferfunktion der Schulen

Die Backnanger Gymnasien sind bereits jetzt an der Kapazitätsgrenze angelangt. Die Realschulen übernehmen eine wichtige Pufferfunktion, indem sie verstärkt Schülerinnen und Schüler mit gymnasialer Empfehlung aufnehmen, verzeichnen jedoch ebenfalls konstant hohe Anmeldezahlen. Ohne Steuerung droht eine zunehmende Schieflage bei den Anmeldezahlen der einzelnen Standorte.

3. Transparenz und Vermeidung von Konflikten

Die Erfahrungen aus dem laufenden Schuljahr haben gezeigt, dass Zuweisungen gegen den Elternwillen ohne klare Grundlage zu erheblichem Unmut führen. Das neue Konzept muss daher folgende Anforderungen erfüllen:

- **Erwartungsmanagement:** Frühzeitige und realistische Information der Eltern.
- **Transparenz:** Darstellung der Kriterien (Einzugsbereiche und Profile).
- **Prävention:** Die Nutzung empfohlener Einzugsbereiche bietet eine nachvollziehbare Grundlage, falls Lenkungsmaßnahmen unvermeidbar sind.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Franke (Fraktionsvorsitzender), Siglinde Lohrmann, Armin Dobler, Simone Kirschbaum